

## **Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GFL/EVP, GB/JA!/GPB (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP/Anna Coninx, GFL/Simon Röthlisberger, JA!): Junge brauchen Jobs: Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen**

Die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen nimmt erschreckende Ausmasse an. Immer mehr Schulabgängerinnen und -abgänger finden keine Lehrstelle und sind auf Zwischenlösungen angewiesen. Aber auch dieses Jahr soll es im Kanton Bern möglich sein, für alle eine befriedigende Lösung (Lehrstelle, Zwischenlösung) zu finden. Dies hat einerseits mit der hohen Anzahl von Schulabgehenden zu tun. Noch alarmierender ist die Situation der Jugendlichen nach der Lehre oder dem Studium: Fast die Hälfte findet keine Arbeitsstelle. Sehr oft wird als Begründung fehlende Erfahrung angegeben. Diese Jugendlichen leben mit einem grossen Armutsrisiko. Finden sie nicht innerhalb einer angemessenen Zeit einen gangbaren Weg zur Integration in die Arbeitswelt, werden sie zu Langzeitarbeitslosen und sehr oft geraten sie in Fürsorgeabhängigkeit.

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit birgt sozialpolitischen Sprengstoff für die Zukunft. Wer im jungen Alter den Anschluss an die Berufswelt verpasst, sich mit Hilfsjobs durchschlägt, dem droht in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten immer wieder der Ausschluss aus der Arbeitswelt – oft auch Verarmung, Benachteiligung beim Wohnen, in der Gesundheit sowie in der Aus- und Weiterbildung sind die Folge. Gravierend ist auch der Verlust der Lebensperspektive: In einer Zeit, in der sich Jugendliche in der Gesellschaft integrieren wollen – nicht nur beruflich, auch menschlich –, erfahren sie Ablehnung und Ausgrenzung.

Der Gemeinderat wird beauftragt zuhanden des Stadtrats zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und ihrer Folgen folgende Massnahmen zu erarbeiten:

1. Analyse der Situation der Jugendlichen bezüglich Beschäftigung, Lehrstellensituation, Arbeitslosigkeit, Fürsorgeleistungen und Armutsrisiko. Die Analyse sollte auch stadtteilbezogen gemacht werden, um besondere Risiken zu lokalisieren (siehe Studie der Stadt Basel).
2. Konzept zur umfassenden Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und ihrer Folgen mit entsprechender Kreditvorlage zu seiner Umsetzung.
3. Für die Stadtverwaltung sind insbesondere folgende Massnahmen vorzusehen:
  - 3.1. Anbieten von zusätzlichen Lehrstellen in der Stadtverwaltung, ausgegliederten und subventionierten Betrieben, insbesondere in Direktionen und Betrieben, welche bisher wenige Lehrstellen anboten.
  - 3.2. Weiterbeschäftigung von Lernenden über die Lehrzeit hinaus, falls keine Arbeitsstelle gefunden wird, zum Sammeln von Erfahrungen (bis zur Rekrutenschule, sonst während eines weiteren Jahres).
  - 3.3. Anbieten von Praktikumsplätzen für Lehr- und Studienabgängerinnen und -abgänger.
  - 3.4. Erweitern des Auftrags der Jugendarbeit und ihrer Institutionen in Richtung vermehrter Beratung und anderer Angebote zur Integration in die Arbeitswelt. Aufnahme der entsprechenden Aufträge in die Leistungsverträge (dazu auch: Bericht zur Situation der Jugendlichen im Stadtteil 3 von Bern).
4. Aufbau von Lehrstellenverbänden von einzelnen Verwaltungsteilen, Institutionen und Firmen, welche allein nicht die gesamte Breite der Ausbildung für eine Lehrstelle abdecken können.

- 4.1. Die Stadtverwaltung stellt insbesondere Knowhow und Personalressourcen zum Aufbau, zur Koordination und zur Betreuung der Lehrstellenverbände zur Verfügung.
- 4.2. Diese Ressourcen stellt sie insbesondere auch den Kleinbetrieben der Wirtschaft zur Verfügung.
- 4.3. Sie fordert dafür die notwendigen Mittel beim Bund (BBT) und Kanton (mba) an.
5. In Kontakten mit der Wirtschaft, bei der Ansiedlungspolitik und in der Wirtschaftsförderung sind alle Mittel zur Erhaltung und Schaffung von Lehrstellen und Arbeitsmöglichkeiten für Junge zu nützen.
6. Bei öffentlichen Beschaffungen (Submission) ist die Ausbildungstätigkeit (Lehrstellen, Praktikumsplätze) als zusätzliches Kriterium für die Vergabe aufzunehmen.
7. Im Kontakt mit dem Kanton und dem Bund ist auf gute Lösungen für das Problem der Jugendarbeitslosigkeit hinzuwirken.

Bern, 17. Juni 2004

*Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GFL/EVP, GB/JAI/GPB* (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP/Anna Coninx, GFL/Simon Röthlisberger, JA!), Peter Künzler, Verena Furrer-Lehmann, Ueli Stüchelberger, Barbara Streit-Stettler, Michael Straub, Annemarie Sancar-Flückiger, Catherine Weber, Daniele Jenni, Michael Jordi, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Zysset, Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Andreas Flückiger, Christian Michel, Guglielmo Grossi, Peter Blaser, Rosmarie Okle Zimmermann, Béatrice Stucki, Rolf Schuler, Walter Christen, Andreas Krummen, Barbara Mühlheim, Sabine Schärrier, Margareta Klein-Meyer, Sylvia Spring Hunziker, Margrit Stucki-Mäder

### **Antwort des Gemeinderats**

Der Gemeinderat teilt die Einschätzung der Motionärinnen und Motionäre, dass die Jugendarbeitslosigkeit besorgniserregende Ausmasse angenommen hat.

Diese galt lange Zeit als ein Phänomen, das sehr sensibel auf die konjunkturellen Schwankungen reagiert; obschon dies auch heute noch grundsätzlich gilt, muss doch festgestellt werden, dass im Jahr 2001 eine Trendwende erfolgt ist: Die Altersklasse der Jugendlichen (15- bis 19-Jährige) respektive der jungen Erwachsenen (20- bis 24-Jährige) gehören seither tendenziell zu den Verlierern auf dem Arbeitsmarkt. In diesem Zusammenhang ist zu ergänzen, dass

- im Jahr 2004 – erstmals seit 1990 – die Arbeitslosenquote der 15- bis 19-Jährigen (Stadt Bern, September 2004: 4.2%) über der Arbeitslosenquote der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung (3.7%) liegt: Die Problematik beim Zugang in den Lehrstellenmarkt verschärft sich;
- die Arbeitslosenquote der 20- bis 24-Jährigen (Stadt Bern, September 2004: 6.1%) seit 1990 konstant über der entsprechenden Quote der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung liegt;
- in den erwähnten Quoten „nur“ die bei einem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) gemeldeten arbeitslosen Personen enthalten sind. Die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) vom Oktober 2004, welche eine Stichprobe aus der Gesamtpopulation der 15- bis 64-Jährigen auswertet, weist für die Altersklasse der 15- bis 24-Jährigen eine Arbeitslosenquote von 7.7% aus; in dieser Stichprobe sind auch all jene arbeitslosen Personen enthalten, die bei der Arbeitslosenversicherung
  - anspruchsberechtigt wären, sich jedoch nicht beim RAV melden;
  - ausgesteuert sind und – falls angemeldet – durch den Sozialdienst unterstützt werden.

Es muss leider davon ausgegangen werden, dass die Werte in den grossen Städten über dieser Quote liegen.

Der Gemeinderat teilt die Auffassung, dass die Datenlage in der Stadt Bern unvollständig und zu unspezifisch ist, um die Jugendarbeitslosigkeit umfassend und mit konzeptionell aufeinander abgestimmten Massnahmen bekämpfen zu können. Er begrüsst deshalb den Auftrag, die entsprechenden Grundlagen zu erarbeiten. Bereits im Oktober 2004 hat das Kompetenzzentrum Arbeit dem Büro BASS den Auftrag erteilt, einen „Bericht zur Lage Jugendlicher und junger Erwachsener in schwierigen Verhältnissen in der Stadt Bern“ zu erarbeiten; dieser wird das effektive Ausmass der Jugendarbeitslosigkeit in der Stadt Bern und deren Verteilung auf die Stadtteile erhellen und die Grundlage für allenfalls weitere Analysen im qualitativen Bereich abgeben.

Als Arbeitgeberin unternimmt die Stadt Bern seit Jahren grosse Anstrengungen, ihr Angebot an Lehrstellen in allen Direktionen und in möglichst vielen Berufsfeldern und Berufen zu vergrössern; sie ist bestrebt, mit den grossen Veränderungen, welche unter anderem das neue Berufsbildungsgesetz mit sich bringt sowie mit der hohen Dynamik in verschiedenen Berufsfeldern (z.B. KV-Reform, Kleinkinderziehung) Schritt zu halten und auch neue Berufsbilder in ihr Lehrstellenangebot aufzunehmen (z.B. Betriebspraktikerin/Betriebspraktiker ab dem Lehrjahr 2005/06).

Um die Qualität und die Vielfalt der angebotenen Inhalte zu erhöhen, arbeiten bereits einige Stadtbetriebe im Verbund mit Betrieben in der Privatwirtschaft; die Berufsbildungsbeauftragten bemühen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten, weitere Ausbildungskooperationen zu ermöglichen. Damit das Angebot den hohen Anforderungen in der Berufsbildung genügen kann und eine gute Betreuung der Lernenden gewährleistet ist, handelt die Stadtverwaltung nach dem Grundsatz „Qualität vor reiner Quantität“.

Als verantwortungsvolle Arbeitgeberin liegt der Stadt Bern sehr viel daran, ihren jungen Berufsleuten nach Abschluss der Lehre eine Anschlusslösung bieten zu können; so haben im Sommer 2004 gegen 80% der Lehrabschliessenden eine Lösung gefunden, davon rund 50% eine Anstellung bei der Stadtverwaltung.

Als öffentlicher Betrieb ist die Stadtverwaltung verpflichtet, sowohl eine gesellschaftlich verantwortungsvolle Personalpolitik zu verfolgen, als auch zum sparsamen Umgang mit den knappen öffentlichen Mitteln beizutragen. Neben der kontinuierlichen – und die Möglichkeiten der Betriebe berücksichtigenden – Vergrösserung und Differenzierung eines qualitativ guten Lehrstellenangebots und dem Bemühen um die Sicherstellung von Anschlusslösungen für Ausgelernte ist es der Stadtverwaltung ein Anliegen, mit einem grossen Angebot an Schnupperlehren und Praktikas die Schülerinnen und Schüler der Volksschuloberstufe weiterhin in ihrer Berufswahl zu unterstützen.

Im Auftrag der Erziehungsdirektion nimmt das Kompetenzzentrum im Rahmen des kantonalen Lehrstellennachweises (LENA) koordinative Aufgaben zwischen den Betrieben und den Anbietern von Integrationsmassnahmen (z.B. Motivationssemester, Junior Job) wahr. In Ergänzung zu den Bemühungen der städtischen Berufsbildungsbeauftragten müssen auch an der Nahtstelle zwischen Betrieben und Integrationsmassnahmen für Jugendliche zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, um das Lehrstellenangebot durch die Schaffung von Ausbildungsverbänden zu erweitern. Im Rahmen der Ausarbeitung eines Konzepts zur umfassenden Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit soll deshalb ein entsprechendes Unterstützungsangebot für Kleinbetriebe der Wirtschaft entwickelt werden.

Im Rahmen seines Auftrags und seiner Kontakte mit den Direktionen der Stadtverwaltung, den Sozialpartnern, den Behörden von Kanton und Bund sowie mit den einzelnen Betrieben nimmt das Wirtschaftsamt jede Möglichkeit wahr, die aktive und nachhaltige Bekämpfung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit ins Zentrum seiner koordinierenden, beratenden und initiierenden Tätigkeiten zu stellen.

Mit ihrem Postulat „Schaffung eines Labels zur Anerkennung von Arbeitgebenden mit gesellschaftlich verantwortungsvoller Personalpolitik“ regt die Fraktion SP/JUSO die Schaffung eines Instruments an, welches die für eine allenfalls gezieltere Submissionspolitik nötige Transparenz unter den Betrieben herstellen könnte. Der Gemeinderat erachtet es als richtig, vor einer allfälligen Praxisänderung zuerst die rechtlichen Grundlagen sowie die inhaltlichen und formalen Kriterien abzuklären.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Punkte 1 (Analyse), 2 (Konzept) und 4 (Lehrstellenverbände) der Motion erheblich zu erklären und die Punkte 3 (Stadtverwaltung), 5 (Kontakte), 6 (Submission) und 7 (Kanton/Bund) der Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, diese Punkte als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 8. Dezember 2004

Der Gemeinderat